

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Das unterzeichnete eingetragene Manuskript über- nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Carl-Wobbe: Druckerei Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wobbe in Berlin.

# Die Verhandlungen in Brest-Litowsk unterbrochen

## Die Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm von Deutschland abgelehnt. — Sonderverhandlungen mit den Ukrainern. — Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuss.

Der Hauptausschuss des Reichstags fehrte heute vormittag im Anwesenheit des Reichskanzlers und zahlreicher Staatssekretäre seine Verhandlungen fort.

Herr Graf Beckard (Kon.) führte aus: Ernste und schwere Bedenken bestehen bei uns hinsichtlich der Verhandlungen in Brest-Litowsk und zwar wegen des dort ausgeprochenen erneuten Friedensangebots. Niemand konnte annehmen, daß das geschehen werde. In den allerweitesten Kreisen besteht Ueberzeugung und Bestätigung. Eine Veranlassung zu einem neuen Friedensangebot bestand nicht angesichts der glänzenden militärischen Lage. Es bedeutet den Verzicht auf alle Errungenschaften. Die Frist ist jetzt abgelaufen, damit die Gefahr beseitigt, aber im Anstand ist der Ausbruch der Schwäche hervorgerufen. Es wird auch schwer sein, von der Erklärung vom 25. Dezember wieder loszukommen trotz weiterer militärischer Erfolge. Diese werden damit wirkungslos sein. Eine Gefahr, daß die Volkswirtschaft nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, bestand nicht. Was soll nun weiter geschehen? Jetzt müssen wir von dem Inhalt des Friedensangebots wieder loskommen. Die Frist darf unter keinen Umständen verlängert werden. Das ist unsere dringende Forderung, zumal wir Zweifel in der Festigkeit unserer Unterhändler haben. Ein Losgehen von allen Friedensangeboten würde dem Krieg verhängen, wofür die Freude immer hoffen, ihre Ziele zu erreichen durch unsere Nachgiebigkeit. Diese Hoffnung muß ihnen genommen werden. Auch wir wollen baldigen dauernden Frieden mit Rußland und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. Wir begrüßen auch, daß Vertreter der Ukraine mitwirken. Ob die Befreiung der Einzelheiten hier im Ausmaß zweckmäßig ist, kann zweifelhaft sein angesichts der Zwischenfälle, die kommen können. Gegen den Weg des Selbstbestimmungsrechts haben wir Bedenken.

**Reichskanzler Graf Hertling:**  
Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner letzten einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern kam, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.  
Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorstößen über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Wissenschaften der Entente, Maßnahmen zu fassen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort denn Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo)  
Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Voll-

machten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in inkonsequenter Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getroßt abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere lokale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo)

Herr Reichssekretär (Justiz) schlägt vor, nach dieser Erklärung des Reichskanzlers die Verhandlungen zu vertagen.

Herr Reichssekretär (Soz.) schließt sich dem an.

Herr Saase (N. Soz.) bittet, weiter zu sagen, denn der Zwischenfall sei zu erwarten gewesen.

Herr Reichssekretär v. Camp (D. Fr.) ist der gleichen Meinung.

Herr Grebner (Cent.) beantragt Vertagung bis Sonnabend 10 Uhr.

Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

1. Wien, 4. Januar. (Privat-Telegramm.)

Geno wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat auch Bulgarien eine Delegation nach Petersburg geschickt, die unter der Führung des Obersten Schaparschikow steht.

### Ein nationalliberaler Beschluß.

Die parlamentarische „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit: Die nationalliberale Reichstagsfraktion trat am 3. Januar zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Der Vorsitzende gab eine eingehende Darstellung der außenpolitischen Lage, insbesondere der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die sehr angeregte und ausführliche Aussprache ergab eine in allen Grundgedenken übereinstimmende Auffassung. Insbesondere war die Fraktion darin einig, daß irgendeine Verlegung des den Ententemächten angebotenen Termins zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen eintreten dürfe, auch nicht, wenn sie von anderer Seite etwa verlangt werden würde. Geno stellte sich die Fraktion einmütig auf den Standpunkt, daß in bezug auf die wichtige Frage der notwendigen strategischen Grenzversicherungen dem Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebende Bedeutung zukomme.

\*\*\*

**b. Stockholm, 4. Januar.**  
Wie „Stockholms Tidningen“ erzählt, hat Henderson telegraphisch im Auftrag der Labour Party Hushmans zu dem in Nottingham stattfindenden Parteitag eingeladen. Auf dem Kongreß wird die außenpolitische Lage und besonders die Stellung der englischen Arbeiterpartei zu behandeln werden. Es ist wahrscheinlich, daß der Kongreß sich für eine mehr direkte Aktion zugunsten eines allgemeinen Friedens, insofern größere Veränderungen in der Weltlage zugunsten nicht eintreten, aussprechen wird. Hushmans wird nach England reisen, sobald er einen Paß erhält. Im Auftrag des skandinavisch-litauischen Komitees wird er über die Auffassung des hiesigen Komitees Bericht erstatten. Vor seiner Abreise werden hier aus Dänemark, Norwegen und Holland sozialdemokratische Vertreter zusammentreffen, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Graf Hertling hat heute im Hauptausschuss des Reichstags mitgeteilt, daß in Brest-Litowsk ein Zwischenfall eingetreten sei. Die russischen Delegierten haben die Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm beantragt, und die deutsche Regierung hat eine solche Verlegung natürlich abgelehnt. Graf Hertling erklärt, er habe den Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, den russischen Delegierten diese ablehnende Antwort auszusprechen, aber er sagt über die Aufnahme und die vorläufigen Folgen der Ablehnung nach Empfang der Antwort aus dem Beratungskomitee zurückgezogen haben, und daß eine Unterbrechung der Verhandlungen eingetreten ist. Wenn die Verhandlungen verneinende Antwort hätten, wenn die russischen Delegierten diese ablehnende Antwort hätten, wie im Laufe solcher Beratungen manches rein hingenommen wird, so hätte der Reichskanzler nicht im Hauptausschuss von einem Zwischenfall gesprochen und auch nicht in seine Worte eine unerkennbare Schärfe gelegt. „Zwischenfall“ bedeutet nicht unbedingt Abbruch der Verhandlungen, aber die Verhandlung besagt, daß vorläufig, im gegenwärtigen Augenblick, nicht verhandelt wird.

Die Begründung, die Graf Hertling für die Ablehnung gegeben hat, lautet: Es ist ganz klar, daß man über einen Frieden zwischen den Verbündeten und Rußland nicht in Stockholm verhandeln kann. Daß die Delegierten der verbündeten Mächte von Brest-Litowsk aus in dieser Verbindung mit ihren Regierungen stehen, und daß diese Verbindungen in Stockholm fehlen würde, dürfte nicht der wichtigste Einwand sein. Aber in Stockholm würden die Gesandten Englands, Frankreichs, Amerikas und ihre zahlreich dort heranzumündenden Agenten sich schleunigst bemühen, eine direkte Verbindung zu den russischen Delegierten herzustellen. Ein hübsches Netz von Intrigen würde um das Konferenzzimmer gewoben werden, freundliche Ratgeber würden jeden Delegierten umlagern, das Geschäft der Espionage würde wunderbar gedeihen. Auf solchen Terrain, umgeben von den Vertretern und Vertrauten der noch kriegführenden Mächte, mit den Abgesandten der einen Friedensvertragsmacht zu verhandeln, wäre beinahe eine Unmöglichkeit. In jedem Falle müßte die Bolschewikregierung sich sagen, daß sie mit dieser Forderung nicht durchdringen werde, und sie müßte sich das um so mehr sagen, da sie schon wiederholt, nur weniger förmlich, losgelassen unter der Hand, diese Frage gestellt und eine ablehnende Antwort erhalten hat. Wenn sie jetzt aus dieser Krise Gelegenheit, aus diesem Vorkriegswechsel eine Verbindung für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen machen sollte, so könnte man darin nur einen Vorwand sehen. Man müßte annehmen, daß die Bolschewikregierung auf der Grundlage der deutschen Vorschläge vom 28. Dezember nicht verhandeln will.

Graf Hertling hat in seiner heutigen Rede erwähnt, es sei von Petersburg mitgeteilt worden, daß die russische Regierung auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen könne, und daß „von der russischen Presse insinuiert“ werde, Deutschland wolle sich mit Hilfe dieser Punkte 1 und 2 „in inkonsequenter Weise“ der Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen. Die russischen Delegierten in Brest-Litowsk scheinen jetzt, nach Ablauf der zehntägigen Frist, diese Dinge noch gar nicht berührt zu haben — man ist gar nicht dazu gekommen, die Diskussion über die Vorschläge wieder aufzunehmen, weil die Sitzung abgebrochen worden ist. Graf Hertling hat dann erklärt: „Punkt 1 und 2 sind lediglich für die praktischen Erwägungen bestimmt“ und unmittelbar hinterher hat er den Satz: Wir können davon nicht abgehen“, hinzugefügt. Zwischen diesen beiden Sätzen gibt es einen gewissen Widerspruch, da man unter „Erwägungen“ nicht etwas Endgültiges versteht. Punkt 2 der deutschen Vorschläge besagte, daß für Polen, Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland, bereits „Vorschläge“ beständen, worin der Volkswille, die volle staatliche Selbstständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszutreten“, ausgedrückt sei. Eine besondere Kommission solle eingesetzt werden, um „Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Befreiung der schon vorliegenden Bestreunungs- und Verleumdungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage“ festzustellen. Die Mehrheitsparteien des Reichstags und ein sehr großer Teil der öffentlichen Meinung haben sich der Idee angeschlossen, haben eine solche „Befreiung“, durch ein völlig unabhängiges Parlament, in der Zeit unmittelbar wäre, damit nicht hinterher, etwa nach einem Regierungswechsel in Rußland, die Mehrheit des russischen Volkes und die führenden Kreise dort erklären könnten, der Friedensvertrag sei durch Verwaltungen erreicht worden und werde zwar erduldet, aber nicht anerkannt. Die Reichstagsmehrheit hat — immer in dem Gedanken, den Frieden auf eine sichere Basis zu stellen, wirklich freundschaftliche Beziehungen zu dem russischen Volke zu ermöglichen

## Artilleriekämpfe an der Westfront.

**Antisch. Großes Hauptquartier, 4. Januar.**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Halt an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der heftigsten Artillerien. Marsch Großwetter begünstigte ihre Tätigkeit.  
Bei entzweiten Fortschritten die Artillerie von Wern und nördlich von La-Basse-Kanal schickten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Meuzeres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

Zeit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuss von der Erde 23 Flugzeuge und

2 Fesselballone. Oberleutnant Voerger erlang seinen 20. Luftstich.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**